

9.4.2002



Pressemitteilung des Amtes Siek



Gemeindevertretung spricht sich gegen Biomasse-Kraftwerk aus Verhandlungsauftrag für Bürgermeister und Verwaltung erteilt

Die Gemeindevertretung Stapelfeld hatte sich in ihrer Sitzung am 8. April 2002 mit den Anregungen und Vorschlägen aus der Einwohnerversammlung am 20. März 2002 zur beabsichtigten Errichtung des Biomasse-Kraftwerkes auf dem Gelände der Müllverbrennungsanlage zu beschäftigen.

Die Einwohnerversammlung hatte - wie bereits schon berichtet - mit überwältigender Mehrheit die Gemeindevertretung aufgefordert, die Errichtung der Holzverbrennungsanlage der E.ON auf dem Gelände der MVA Stapelfeld abzulehnen und in diesem Sinne alle politischen und rechtlichen Schritte auszuschöpfen einschließlich des Kreises Stormarn, um die Errichtung dieser Anlage zu verhindern. Ferner sollte die Firma E.ON aufgefordert werden, ihre Planungen für Stapelfeld einzustellen und einen günstigeren Standort zu suchen, der auch die Kraftwärmekoppelung sprich die Wärmeversorgung bzw. Abnahme gewährleistet.

Die Gemeindevertretung hatte sich bisher zu der Gesamthematik nicht abschließend geäußert, so dass der Tagesordnungspunkt mit Spannung erwartet wurde.

Die Wählergemeinschaft Stapelfeld, die Gemeinschaft Stapelfelder Bürger und die SPD-Fraktion brachten jeweils gesondert Anträge in die Beratung und Diskussion ein.

Wie in der Einwohnerversammlung deutlich wurde, bleibt der Gemeinde Stapelfeld einzig und allein der Weg, das Vorhaben kommunalpolitisch im Vorfeld zu verhindern bzw. dass der Kreis Stormarn tatsächlich seine Rechtsposition ausschöpft.



metropolregion hamburg

Unumstritten in der Sitzung war, dass im Falle einer Antragstellung durch die E.ON Kraftwerke GmbH das gemeindliche Einvernehmen aus juristischen Gründen nicht versagt werden könne.

Die WGS-Fraktion schlug vor, den Kreis Stormarn aufzufordern, von seinem offensichtlich bestehenden Klagerecht Gebrauch zu machen, um insoweit alle politischen und rechtlichen Schritte auszuschöpfen, mit dem Ziel, die Errichtung des Biomasse-Kraftwerkes zu verhindern.

Ferner wurden Bürgermeister Walter Schröder, seiner Stellvertreterin / Stellvertreter sowie der Amtsverwaltung Verhandlungsauftrag erteilt, mit dem potentiellen Kraftwerksbetreiber Gespräche mit dem Ziel zu führen, eine Standortverlagerung oder zumindestens -verbesserung zu erzielen, so die offizielle Begründung der Fraktionssprecherin Frau Cornelia Winkler.

Dieter Scheel erklärte für die CDU-Fraktion, dass sie diesen Antrag unterstützen werde.

Frau Rosemarie Karius (GSB) wollte, dass die Kreistage Stormarn und Lauenburg aufgefordert werden, umgehend ihr Recht in Anspruch zu nehmen, sowohl gegen die MVA als auch gegen die E.ON auf Unterlassung zu klagen.

Klaus Fechner und Egon Witt (jeweils SPD) gingen die gestellten Anträge nicht weit genug. Sie betonten, dass in den Anträgen nicht deutlich werde, dass sich die Gemeinde Stapelfeld eindeutig gegen das Biomasse-Kraftwerk ausspreche.

Nach kurzer Sitzungsunterbrechung wurde letztendlich durch Bürgermeister Walter Schröder folgender Vorschlag zur Abstimmung gestellt:

1. Die Gemeindevertretung Stapelfeld möge den Kreis Stormarn auffordern, von seinem offensichtlich bestehenden Klagerecht insbesondere von dem Recht der vorbeugenden Unterlassungsklage Gebrauch zu machen, um insoweit alle politischen und rechtlichen Schritte auszuschöpfen, mit dem Ziel, die Errichtung des Biomasse-Kraftwerkes zu verhindern.
2. Bürgermeister Walter Schröder, sein Stellvertreter, seine Stellvertreterin sowie die Verwaltung werden aufgefordert, unverzüglich mit dem potentiellen Kraftwerksbetreiber Verhandlungen aufzunehmen, mit dem Ziel, eine Standortverlagerung oder zumindestens -verbesserung zu erzielen. Über die Ergebnisse ist die Gemeindevertretung zu unterrichten.

Dieser Beschluss fand die Zustimmung der WGS-, GSB- und CDU-Fraktion. Die Vertreter der SPD-Fraktion votierten gegen den Beschluss, sie favorisierten nach wie vor den von ihnen ins Feld gebrachten Antrag, über den sodann zur Verdeutlichung ebenfalls noch einmal abgestimmt wurde. Dieser wurde mehrheitlich in dieser Form abgelehnt.

Der Umwelt- und Kleingartenausschuss des Kreises Stormarn hatte den Landrat bereits gebeten, hinsichtlich eines etwaigen zivilrechtlichen Verfahrens mit den betroffenen klagewilligen Gemeinden über ein gemeinsames Vorgehen und über eine gemeinsame Abdeckung des bestehenden Prozessrisikos zu verhandeln. Verhandlungsergebnisse stehen allerdings noch aus.

V.i.S.P. Heiko Laskowski / Uwe Schwab c/o Amt Siek - Tel.: 04107/88 93 30 und 88 93 11
e-mail: heiko.laskowski@amtsiek.de sowie uwe.schwab@amtsiek.de

Siek, 9. April 2002